

Petition des Unstrut-Hainich-Kreises für mehr Sicherheit im ÖPNV

Beschluss des Kreistages Nr. vom 23.09.2020

Es ist festzustellen, dass die Schere zwischen den Erwartungen und Forderungen der Eltern an die sichere Beförderung ihrer Kinder zur Schule und den vorhandenen Kapazitäten und Möglichkeiten der Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger immer weiter auseinander geht. Die sichere Beförderung der Schulkinder, der wichtigsten Ressource unserer Zukunft braucht als deutschlandweites Problem mehr Aufmerksamkeit.

Der Kreistag des Unstrut-Hainich-Kreises fordert von der Landesregierung eine grundsätzlich höhere Priorisierung der Belange der sicheren Schülerbeförderung. Der Anforderungskatalog des Bundesministeriums für Verkehr für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden muss Grundlage für alle Schülerbeförderungsleistungen im Freistaat Thüringen werden.

Es sollten alle Möglichkeiten geprüft werden, den Mehraufwand für spezielle Sicherheitseinrichtungen wie zum Beispiel Gurte in den Bussen besonders zu fördern. In zu prüfenden Einzelfällen muss die Förderung einer für den Schülerverkehr notwendigen Flottenerweiterung möglich sein.

Auch eine grundsätzliche Erhöhung der Mittel nach § 45a PbefG ist denkbar, um die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen in die Lage zu versetzen, für eine Erhöhung der Sicherheit in der Schülerbeförderung zu sorgen.

Die aufgezeigten Maßnahmen und Möglichkeiten dienen dabei nicht nur der Erhöhung der Sicherheit in der Schülerbeförderung. Ebenso ließe sich eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV im Allgemeinen gestalten, was in nicht unerheblichem Maße zur Gestaltung einer echten Verkehrswende beitragen kann. Gefühlte und tatsächliche Sicherheit im Schulbus führt auch zur Verminderung des Verkehrs durch sogenannte Elterntaxis und hat damit auch einen ökologischen Effekt.

Mühlhausen, 23.09.2020

Zanker
Landrat